

**Juli 2016**

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung .....	2
Jeder Zweite sieht Ergebnisse von Volksentscheiden skeptisch .....	3
Mehrheit sieht in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile.....	4
Stärkere Zusammenarbeit in Europa gefordert .....	5
Nach dem Brexit-Referendum: Mehrheit erwartet keine Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen.....	7
Vertrauen in Großbritannien als Partner für Deutschland sinkt .....	8
Bewertung EU-Politiker: Schulz mit höherem Ansehen als Juncker.....	9
Politikerbewertung: Merkel legt deutlich zu, Seehofer verliert deutlich.....	10
Steigende Zufriedenheit mit der Bundesregierung.....	12
Sonntagsfrage: Regierungsparteien verzeichnen Plus, AfD verliert .....	13
NATO wichtig für Sicherheit in Europa .....	15
Stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa stößt auf Ablehnung .....	16
Jeder Zweite hat Verständnis für Bedrohungsgefühl Russlands.....	17

## ARD – DeutschlandTREND Juli 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum	4. bis 5. Juli 2016 Sonntagsfrage: 4. bis 6. Juli 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

## Zusammenfassung

Das Referendum in Großbritannien über einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union hat eine Debatte über die Sinnhaftigkeit von Volksentscheiden ausgelöst. In Deutschland sind 42 Prozent der Ansicht, dass es bei Volksentscheiden zu besseren Entscheidungen kommt als bei Entscheidungen in den Parlamenten. Jeder Zweite (49 Prozent) vertritt hingegen die Auffassung, dass Volksentscheide keine besseren Ergebnisse bringen. Der Vergleich mit 2011 zeigt, dass die Bundesbürger gegenüber Volksentscheiden deutlich skeptischer geworden sind.

Die Brexit-Debatte hat offenbar ein europafreundliches Klima in der deutschen Bevölkerung befördert: Für 52 Prozent bringt die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU überwiegend Vorteile mit sich, lediglich 11 Prozent sehen eher Nachteile. Nach Meinung von gut einem Drittel halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Die positiven Bewertungen der EU-Mitgliedschaft haben nach dem britischen Referendum sprunghaft zugenommen (+13).

Mit Blick auf die Zukunft Europas fordert eine Mehrheit der Bürger (75 Prozent) eine engere Zusammenarbeit der europäischen Länder hin zu mehr gemeinsamer Politik. Über die Vorstellungen zu den institutionellen Formen einer engeren Zusammenarbeit ist damit allerdings noch nichts gesagt. Denn zugleich sind 61 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland der Meinung, dass sich die EU in zu viele nationale Angelegenheiten einmischt. Allerdings erkennen rund drei Viertel an, dass die EU-Mitgliedschaft für wirtschaftlichen Wohlstand (79 Prozent) und für Sicherheit in Europa (74 Prozent) sorgt.

Als Folge des EU-Referendums befürchten zwei Drittel (64 Prozent) ein Erstarren EU-feindlicher Parteien in Europa. Fast jeder Zweite (46 Prozent) geht davon aus, dass die EU ohne Großbritannien enger zusammenrücken wird. Eine Mehrheit glaubt nicht, dass sich die deutsch-britischen Beziehungen abkühlen werden (60 Prozent) oder dass weitere Austritte (56 Prozent) folgen werden. 69 Prozent rechnen nicht damit, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtern wird. Das Vertrauen in Großbritannien ist allerdings in den letzten vier Wochen um 10 Punkte zurückgegangen auf aktuell 59 Prozent.

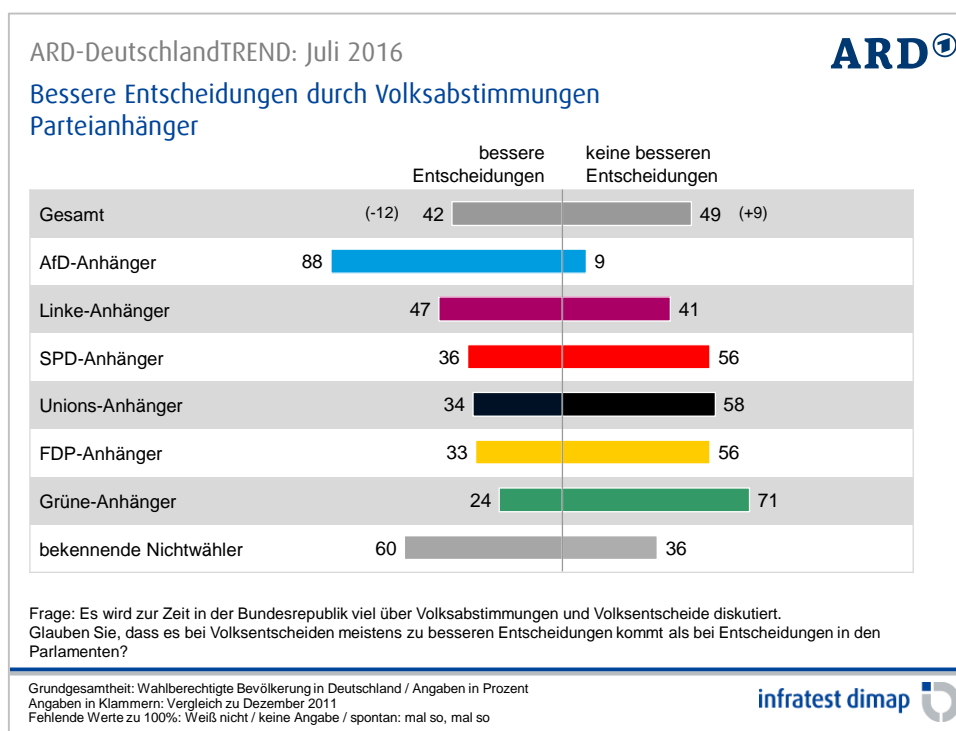
Kanzlerin Angela Merkel verbucht in diesem Monat einen deutlichen Ansehenszuwachs und überzeugt aktuell 59 Prozent (+9) der Deutschen mit ihrer Arbeit. Dies ist ihr bester Wert seit September 2015. Beliebtester Politiker bleibt Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit 74 Prozent (+3) Zustimmung. Zugleich gewinnt die Bundesregierung etwas Vertrauen zurück: Derzeit sind 48 Prozent mit der Arbeit der Großen Koalition zufrieden (+6).

Die politische Stimmung ist in diesem Monat etwas positiver für die Koalitionsparteien: Aktuell käme die CDU/CSU auf 34 Prozent (+2 Punkte im Vergleich zum Anfang Juni). Die SPD gewinnt ebenfalls hinzu und erreicht nun 22 Prozent (+1). Grüne (13 Prozent), Linke (9 Prozent) und FDP (6 Prozent) halten ihren Stimmenanteil konstant. Die AfD verliert binnen Monatsfrist 3 Punkte und würde aktuell 12 Prozent erreichen. Dies dürfte vor allem in der Europadebatte begründet sein, in deren Zuge die EU-skeptische AfD an Zustimmung verliert. Ob und wie die Streitigkeiten in Baden-Württemberg Einfluss auf den Rückhalt für die AfD haben, wird sich erst in den kommenden Tagen zeigen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Juli 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

## Jeder Zweite sieht Ergebnisse von Volksentscheiden skeptisch

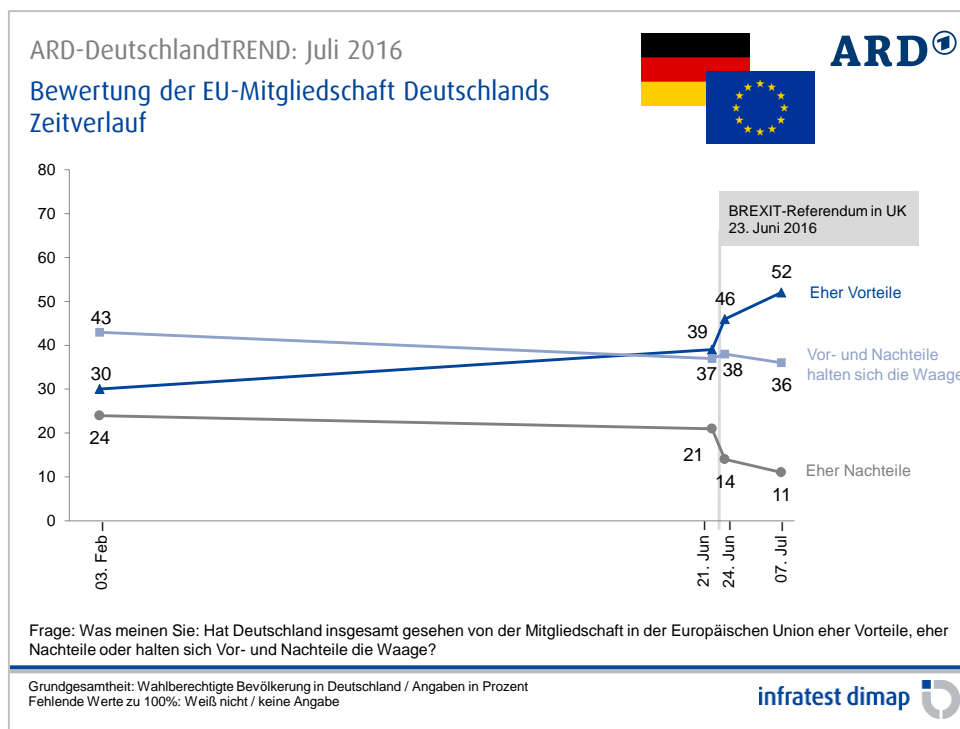
Das Referendum in Großbritannien über einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union hat auch hierzulande eine Debatte über die Sinnhaftigkeit von Volksentscheiden ausgelöst. Angesichts des Brexit-Votums wird auch über die Frage diskutiert, ob Entscheidungen mit solcher Tragweite überhaupt in einer Volksabstimmung behandelt oder von den gewählten Volksvertretern entschieden werden sollten. In Deutschland sind vier von zehn Bundesbürgern (42 Prozent) der Ansicht, dass es bei Volksentscheiden zu besseren Entscheidungen kommt als bei Entscheidungen in den Parlamenten. Jeder Zweite (49 Prozent) vertritt hingegen die Auffassung, dass Volksentscheide keine besseren Ergebnisse bringen. Der Vergleich mit 2011 zeigt, dass die Bundesbürger gegenüber Volksentscheiden deutlich skeptischer geworden sind. Vor mehr als fünf Jahren waren noch 54 Prozent der Meinung, dass Referenden bessere Entscheidungen hervorbringen.



Aktuell sehen Bürger mit niedriger formaler Bildung (44 Prozent) deutlich häufiger Vorteile in Volksentscheidungen als Befragte mit hoher Bildung (23 Prozent), die eher auf die Entscheidungsprozesse der repräsentativen Demokratie setzen. Innerhalb der Parteienanhängergruppen sind vor allem die AfD-Anhänger von Volksabstimmungen überzeugt (88 Prozent). Das gilt mehrheitlich auch für bekennende Nichtwähler (60 Prozent).

## Mehrheit sieht in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile

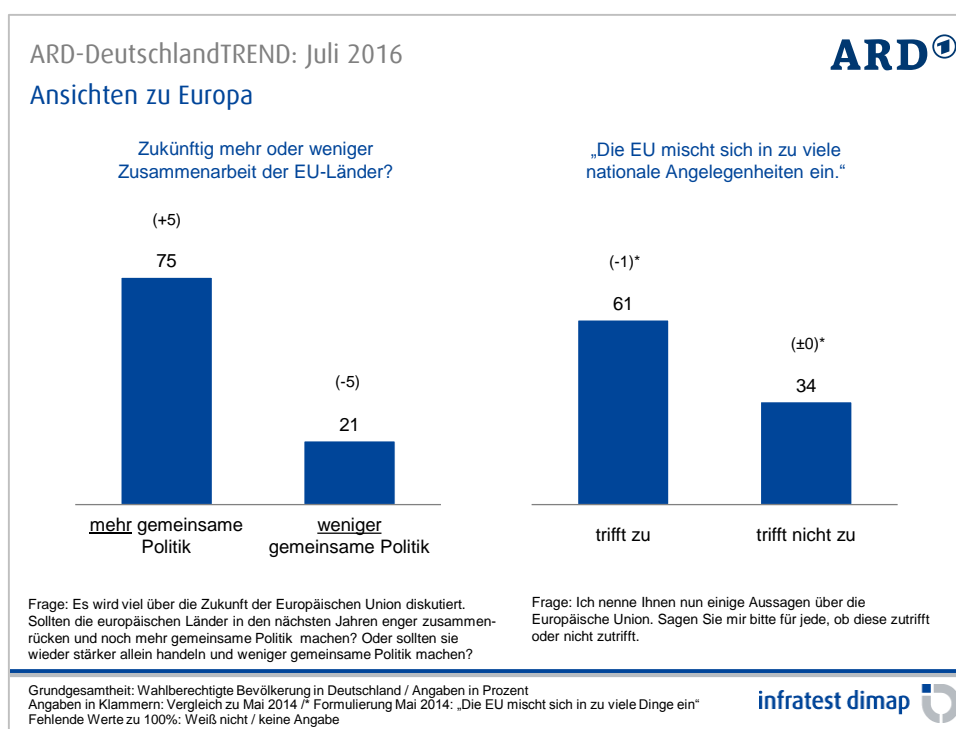
Nach der Volksabstimmung in Großbritannien über Austritt oder Verbleib des Landes in der Europäischen Union ging es nicht nur um die Folgen für das Vereinigte Königreich, sondern auch für den Rest der EU. Diese Debatte hat offenbar ein europafreundliches Klima bei der deutschen Bevölkerung befördert. Anfang Juli erklären 52 Prozent der Bundesbürger, die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU bringe überwiegend Vorteile mit sich, während lediglich 11 Prozent eher Nachteile sehen. Nach Meinung von gut einem Drittel (36 Prozent) halten sich Vor- und Nachteile die Waage.



Schaut man auf das vergangene halbe Jahr zurück, so haben die positiven Bewertungen der deutschen EU-Mitgliedschaft von 30 Prozent im Februar, über 39 Prozent kurz vor der Brexit-Abstimmung auf aktuell 52 Prozent stetig zugenommen. Möglicherweise hat die verstärkte Berichterstattung zum Thema Brexit und die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für einen Teil der Deutschen deutlicher werden lassen.

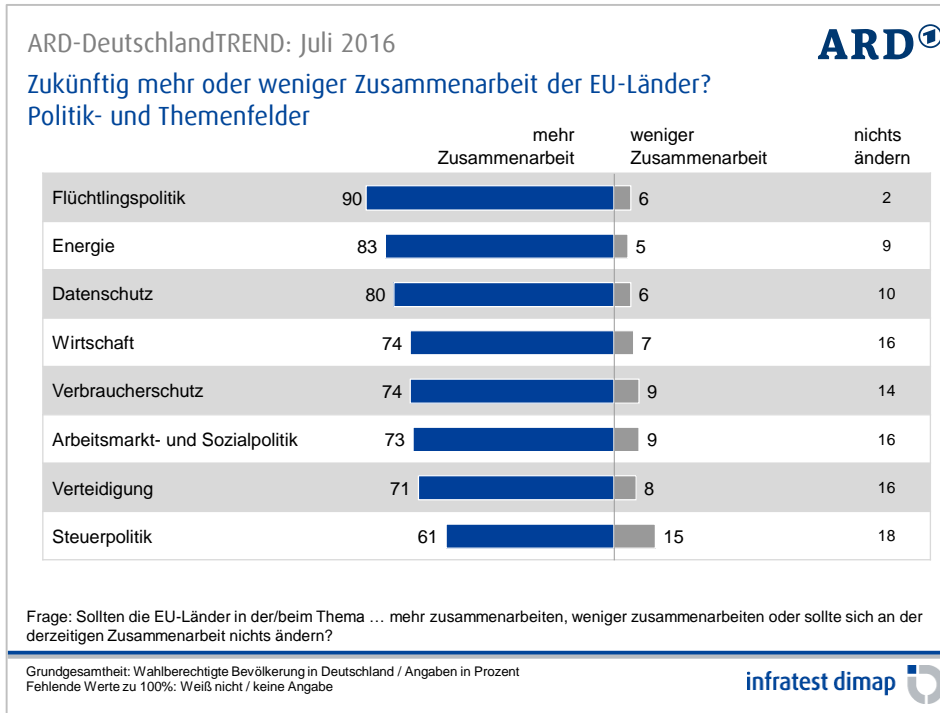
## Stärkere Zusammenarbeit in Europa gefordert

Mit Blick auf die europäische Zukunft fordern drei Viertel der Bürger (75 Prozent) eine engere Zusammenarbeit der europäischen Länder hin zu mehr gemeinsamer Politik. Über die Vorstellungen zu den institutionellen Formen einer engeren Zusammenarbeit ist damit allerdings noch nichts gesagt. Denn zugleich sind 61 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland der Meinung, dass sich die EU in zu viele nationale Angelegenheiten einmischt.

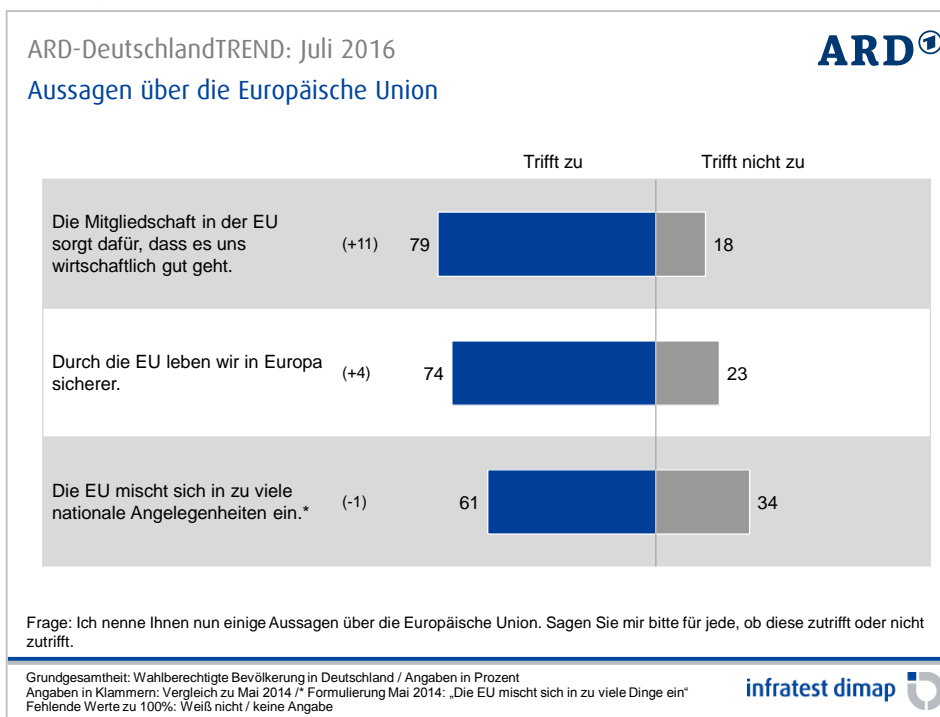


Auf allen acht abgefragten Themenfelder überwiegt der Wunsch nach einem Ausbau der Zusammenarbeit der EU-Länder deutlich. Jeweils vier Fünftel oder mehr halten eine stärkere Kooperation bei der Flüchtlingspolitik (90 Prozent), beim Thema Energie (83 Prozent) und beim Datenschutz (80 Prozent) für geboten. Aber auch beim Thema Wirtschaft (74 Prozent), beim Verbraucherschutz (74 Prozent), in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (73 Prozent) und bei der Verteidigungspolitik (71 Prozent) wird von klaren Mehrheiten eine stärkere Zusammenarbeit erwartet. Vergleichsweise zurückhaltend wird mit 61 Prozent eine gemeinsame Steuerpolitik bewertet, allerdings sind selbst bei diesem Thema nur 15 Prozent der Meinung, dass die Kooperation reduziert werden sollte. Aus der allgemeinen Befürwortung der stärkeren Zusammenarbeit ist aber auch hier keine Aussage zur Kompetenzverteilung zwischen EU und den Nationalstaaten abzuleiten.



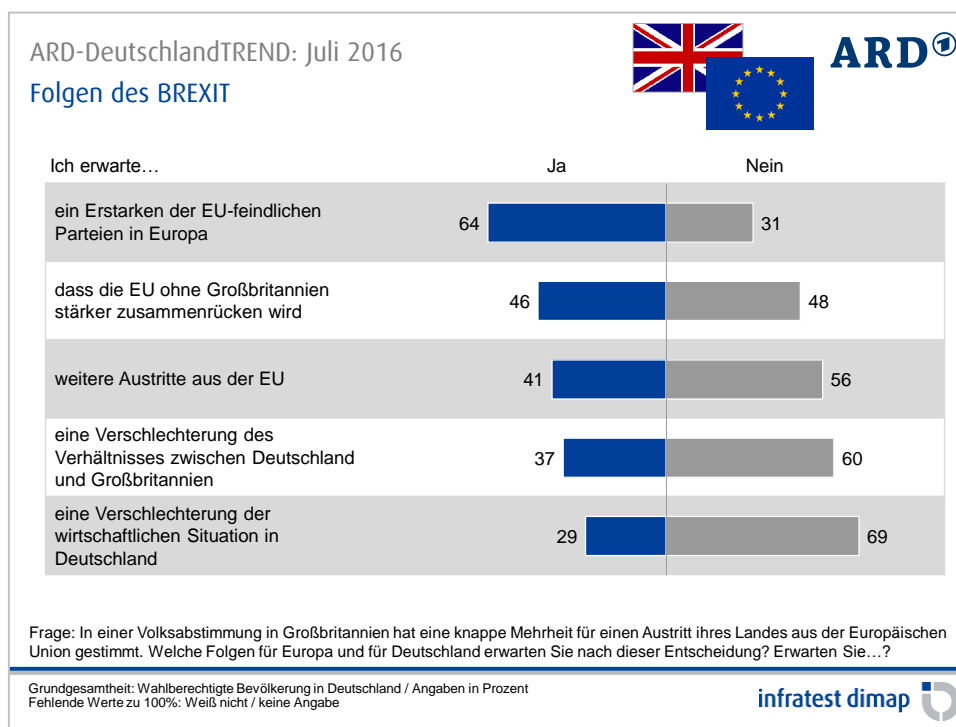


Das Ansehen der EU hierzulande ist in zentralen Punkten durchaus positiv: Vier Fünftel (79 Prozent) sind überzeugt, dass die EU für wirtschaftliche Prosperität sorgt. Fast ebenso viele (74 Prozent) glauben, die Sicherheit in Europa würde durch die Gemeinschaft gestärkt.



## Nach dem Brexit-Referendum: Mehrheit erwartet keine Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen

Nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses des Brexit-Referendums war in der Öffentlichkeit häufig die Befürchtung zu hören, das Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien könnte sich verschlechtern. Diese Einschätzung teilt eine Mehrheit von 60 Prozent der Bevölkerung nicht.



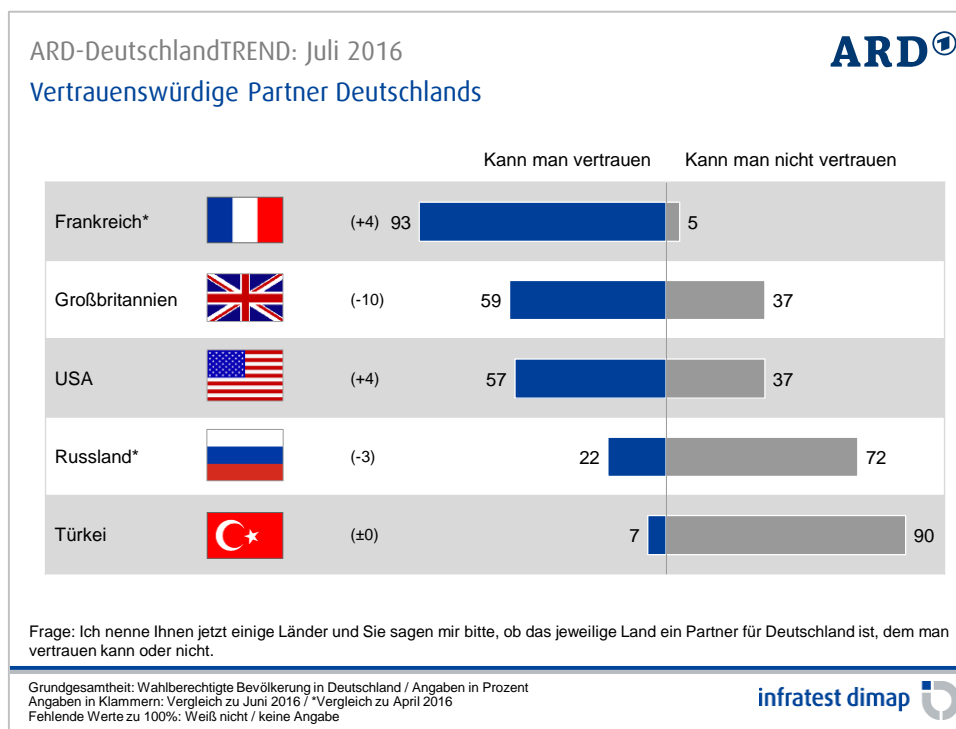
Über die wirtschaftlichen Folgen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wurde in den letzten Tagen ebenfalls viel spekuliert. Auch hier zeigen sich die Bundesbürger eher gelassen. Sieben von zehn (69 Prozent) glauben nicht, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtern wird.

Kontrovers wird die Frage beantwortet, ob die Europäische Union ohne Großbritannien enger zusammenrücken oder weiter auseinander driften wird. Mit einem stärkeren besseren Zusammenhalt rechnen 46 Prozent, während praktisch ebenso viele (48 Prozent) eine Zunahme der zentrifugalen Kräfte erwarten.

Die Gefahr, dass das Ausscheiden Großbritanniens andere Mitgliedsländer dazu animieren könnte, den Briten zu folgen, sieht die Mehrzahl von 56 Prozent der Bevölkerung nicht als gegeben. Vier von zehn (41 Prozent) halten eine solche Entwicklung hingegen für durchaus möglich. Trotzdem wird die Brexit-Entscheidung, so die Vermutung einer Zwei-Drittel-Mehrheit (64 Prozent), das Erstarren EU-feindlicher Parteien in Europa befördern.

## Vertrauen in Großbritannien als Partner für Deutschland sinkt

Auch wenn eine Mehrheit der Deutschen nach dem Referendum im Vereinigten Königreich nicht mit einer Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen rechnet, ist das Vertrauen in Großbritannien als Partner für Deutschland doch merklich zurückgegangen. Drei Wochen vor der Volksabstimmung über den Austritt aus der Europäischen Union bewerteten noch knapp sieben von zehn Deutschen (69 Prozent) Großbritannien als vertrauenswürdigen Partner für Deutschland. Vier Wochen später ist das Vertrauen in den britischen Nachbarn um 10 Prozentpunkte gesunken – auch wenn nach wie vor eine Mehrheit der Deutschen (59 Prozent) dem Vereinigten Königreich sein Vertrauen schenkt.

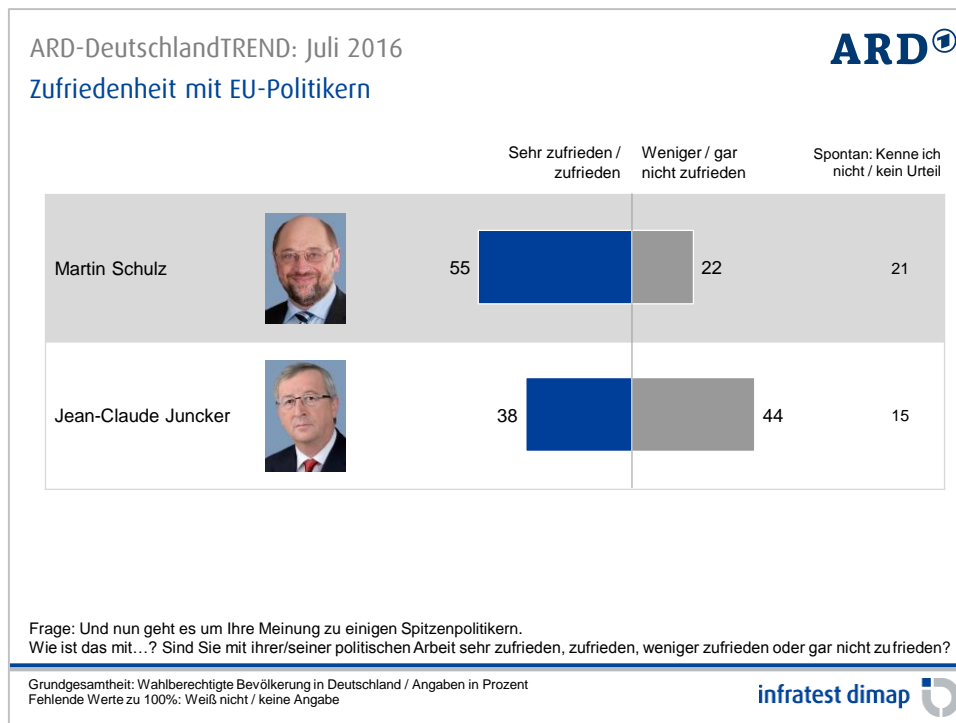


Das Vertrauen in Frankreich, einen der sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, ist hingegen in den vergangenen vier Wochen weiter angestiegen und dem Nachbarland wird von der deutschen Bevölkerung nahezu uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht (93 Prozent). Auch die USA als wichtiger transatlantischer Partner verzeichnen ein steigendes Vertrauen (57 Prozent, +4).

Nach wie vor skeptisch sehen die Bundesbürger allerdings das Verhältnis zu Russland, dem nur etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) Vertrauen entgegenbringt. Auch die Türkei gilt als wenig vertrauenswürdiger Partner (7 Prozent, +/-0).

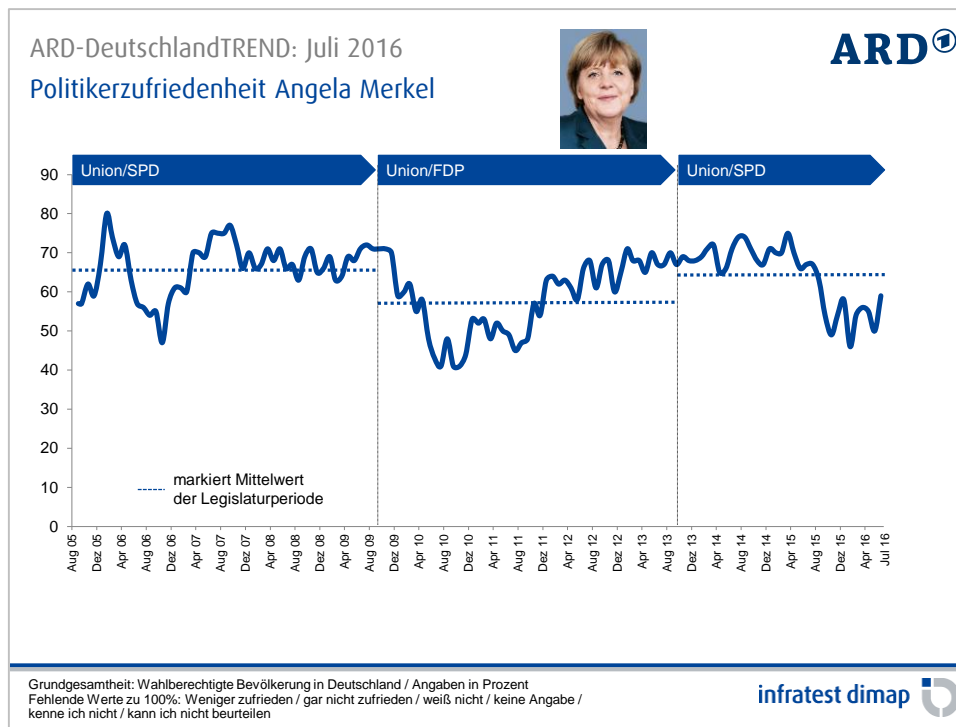
## Bewertung EU-Politiker: Schulz mit höherem Ansehen als Juncker

Der Präsident des Europäischen Parlaments und der Präsident der Europäischen Kommission sind nach dem britischen EU-Referendum Schlüsselfiguren in der aktuellen Krise der Europäischen Union. Aus Sicht der Deutschen macht Martin Schulz seine Sachen besser als der Luxemburger. Mit der Arbeit des Parlamentspräsidenten sind 55 Prozent zufrieden, 22 Prozent unzufrieden. Ein Fünftel (21 Prozent) traut sich kein Urteil zu. Jean-Claude Juncker beurteilen 38 Prozent wohlwollend, während 44 Prozent schlechte Noten an ihn vergeben. Fast jeder Siebte (15 Prozent) traut sich kein Urteil über den Kommissionspräsidenten zu.

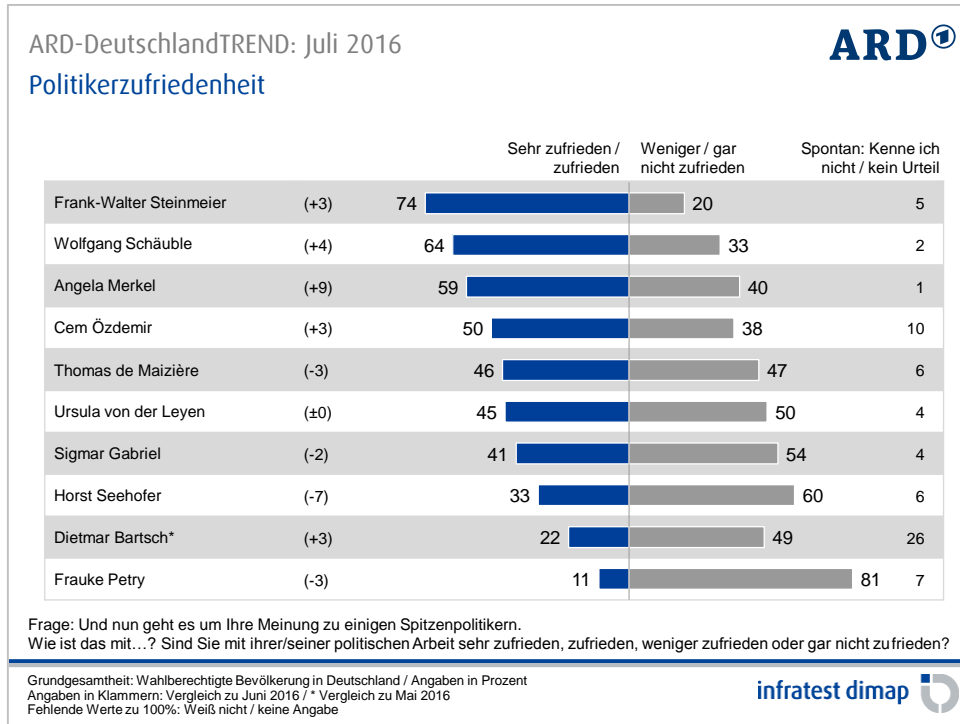


## Politikerbewertung: Merkel legt deutlich zu, Seehofer verliert deutlich

Der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier bleibt der Politiker mit dem höchsten Ansehen in Deutschland. Mit der Arbeit des Außenministers sind aktuell 74 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden. Im Vergleich zum Vormonat ist dies ein Plus von 3 Prozentpunkten. Steinmeier liegt damit deutlich vor Finanzminister Wolfgang Schäuble (64 Prozent, +4) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (59 Prozent), die mit einem Plus von 9 Punkten den deutlichsten Ansehenszuwachs für sich verbuchen kann. Für die CDU-Vorsitzende ist dies der beste Wert seit September 2015.



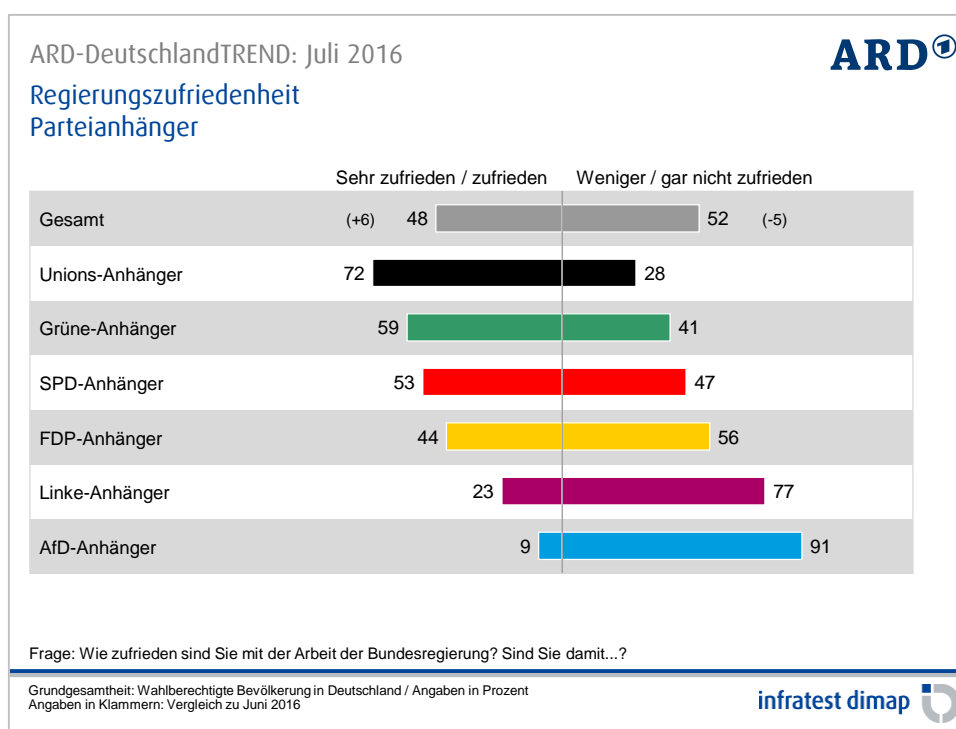
Das Mittelfeld führt der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir an, der von jedem zweiten Wahlberechtigten (50 Prozent, +3) gute Noten für seine Arbeit bekommt. Der Schwabe erreicht damit seinen bisher höchsten Wert im ARD-DeutschlandTREND. Hinter dem Oppositionspolitiker rangieren Innenminister Thomas de Maizière (46 Prozent, -3) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (45 Prozent, +/-0) von der CDU, gefolgt von SPD-Chef und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (41, Prozent -2). Die Beliebtheit von CSU-Chef Horst Seehofer geht binnen Monatsfrist deutlich zurück: Derzeit sind 33 Prozent (-7) aller Deutschen mit dem politischen Wirken des bayerischen Ministerpräsidenten zufrieden – sein niedrigster Wert seit September 2015.



Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Linken, verbessert sich um 3 Punkte auf 22 Prozent – sein bisher bester Wert. Das Ansehen der AfD-Bundesvorsitzende, Frauke Petry, geht hingegen zurück: 11 Prozent sind mit ihrer Arbeit zufrieden, ein Minus von 3 Punkten. Petry ist nach wie vor diejenige unter den abgefragten Politikern, die mit Abstand die meisten negativen Bewertungen auf sich zieht.

## Steigende Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Nach abnehmender Unterstützung im Vormonat kann die Bundesregierung aktuell Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Derzeit äußert sich knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent, + 6) zufrieden mit dem Kabinett von Angela Merkel. 52 Prozent sind hingegen weniger oder gar nicht zufrieden mit der schwarz-roten Regierung (52 Prozent, - 5).



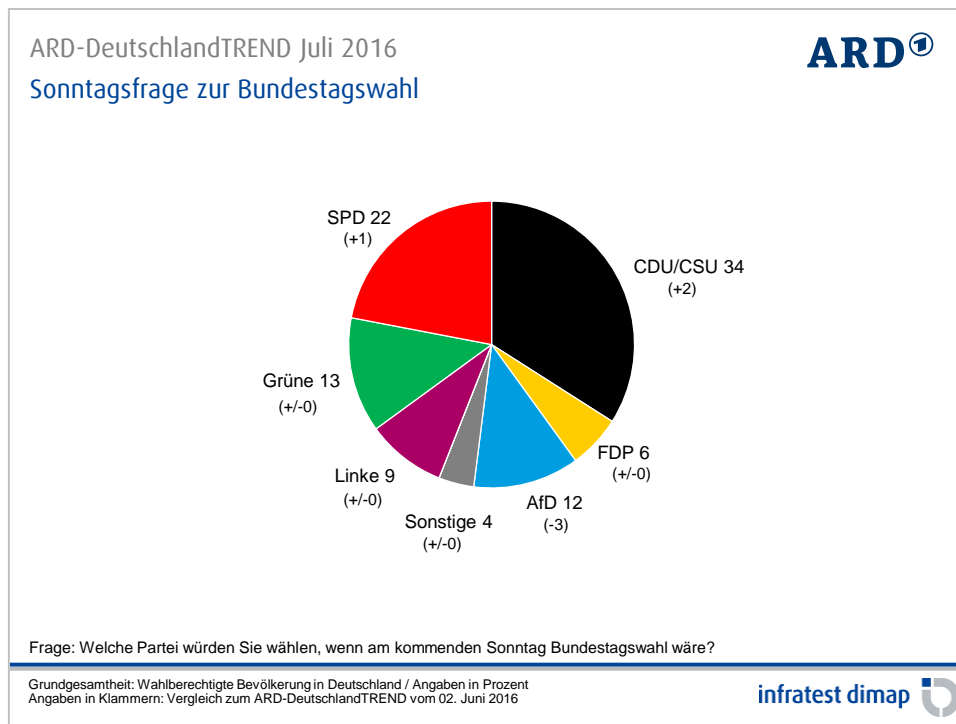
Mehrheitliches Vertrauen genießt die Bundesregierung in den eigenen Reihen, wobei die Unionsanhänger ähnlich wie im Vormonat deutlich positiver (72 Prozent) als die Anhänger der Sozialdemokraten (53 Prozent) urteilen. Überwog im Lager der Grünen im Juni noch die Kritik, erhält die Bundesregierung aktuell von den Grünen-Anhängern mehrheitlich eine positive Bewertung (59 Prozent). Kritisch äußern sich nach wie vor die Anhänger der FDP, der Linken und insbesondere der AfD.

## Sonntagsfrage: Regierungsparteien verzeichnen Plus, AfD verliert

Die gestiegene Zufriedenheit mit Kanzlerin Merkel und der Bundesregierung insgesamt wirkt sich in der politischen Stimmung positiv für die Koalitionsparteien aus. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von 34 Prozent, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zu Anfang Juni. Die SPD gewinnt ebenfalls hinzu und erreicht nun 22 Prozent (+1). Grüne (13 Prozent), Linke (9 Prozent) und FDP (6 Prozent) halten ihren Stimmenanteil konstant.

Die „Alternative für Deutschland“ verliert binnen Monatsfrist 3 Punkte und würde aktuell 12 Prozent erreichen. Dies dürfte vor allem in der Debatte um die Europäische Union begründet sein, in deren Zuge die EU-skeptische AfD an Zustimmung verliert. Die am Dienstag offen zu Tage getretenen Streitigkeiten in der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg finden in der bis Mittwochabend durchgeführten Erhebung (noch) keinen erkennbaren Niederschlag. Ob und wie die Streitigkeiten in Baden-Württemberg Einfluss auf den Rückhalt für die AfD haben, wird sich erst in den kommenden Tagen zeigen.

Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent (+/-0) der Stimmen erreichen.



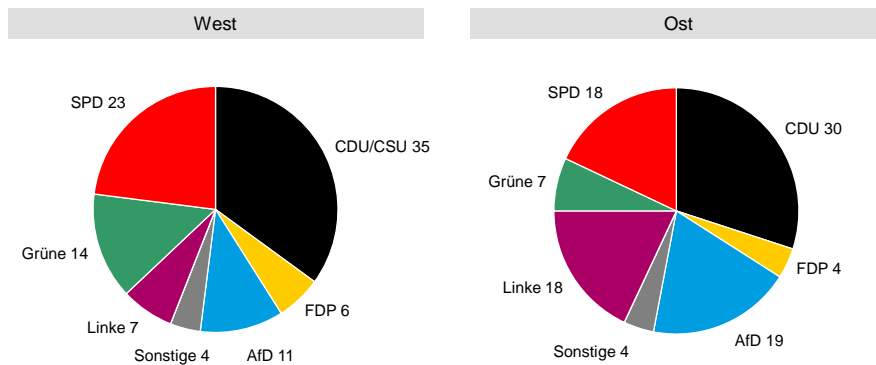
Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.



ARD-DeutschlandTREND Juli 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

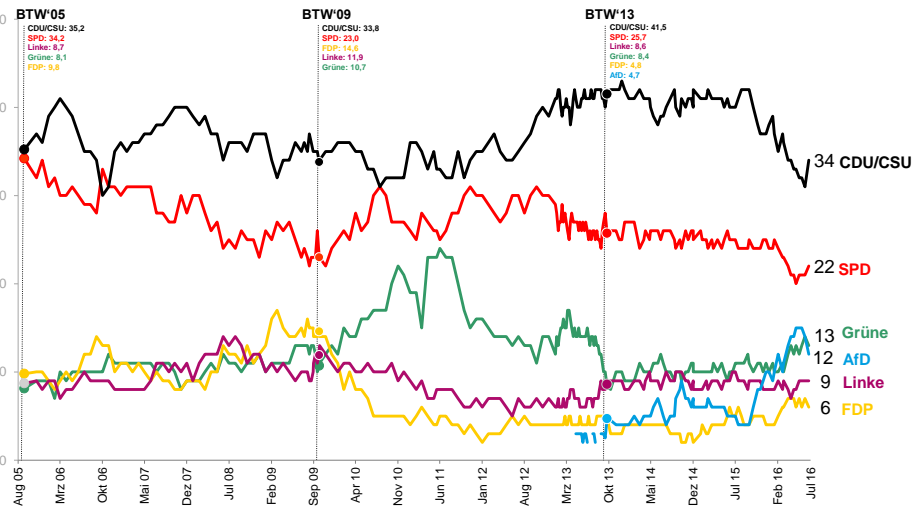
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND Juli 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



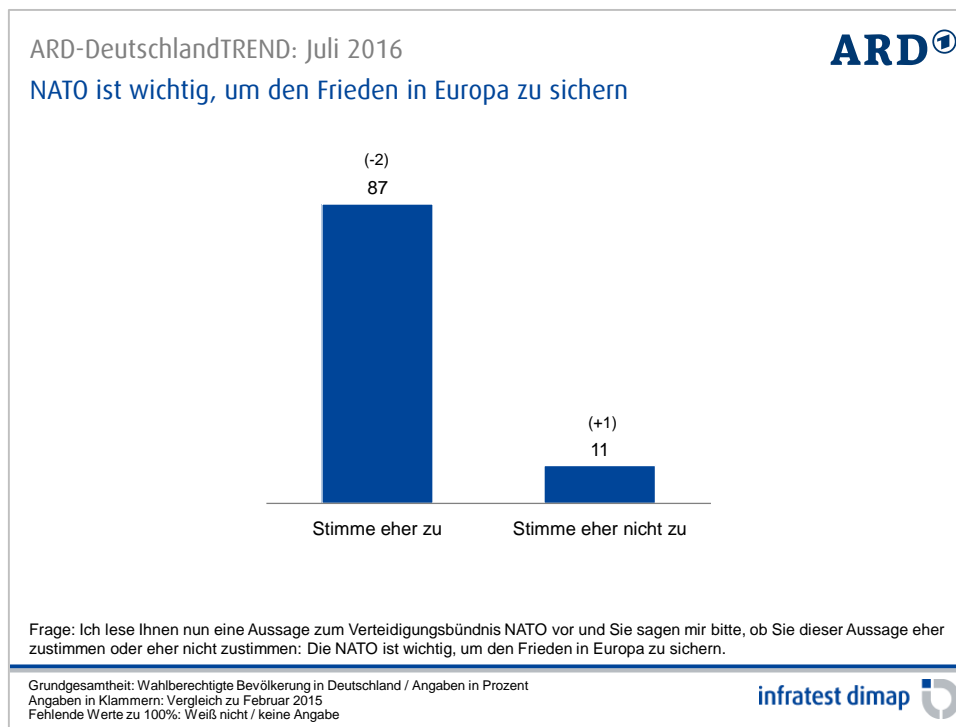
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



## NATO wichtig für Sicherheit in Europa

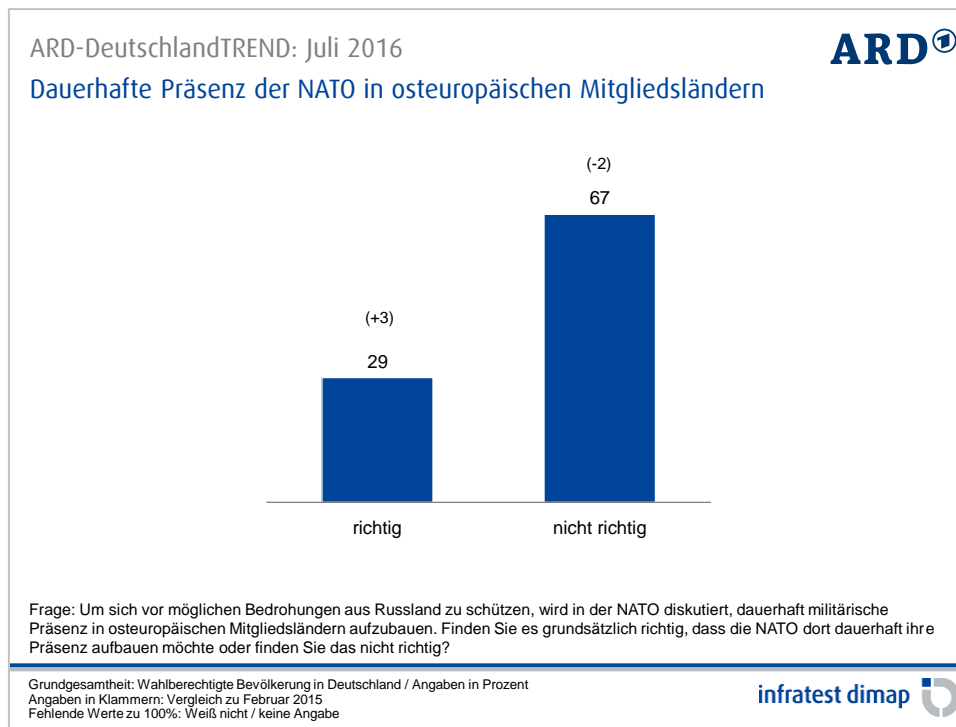
Für eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht die Legitimation des westlichen Verteidigungsbündnisses außer Frage: 87 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „die NATO wichtig ist, um den Frieden in Europa zu sichern“. Lediglich jeder Zehnte (11 Prozent) ist gegenteiliger Meinung.



In fast allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften wird die NATO als wichtige friedenssichernde Institution angesehen. Mehrheitlich gilt das auch für die Anhängerschaft der Linkspartei und der AfD, bei denen allerdings jeweils rund ein Drittel dieser Einschätzung nicht zustimmt.

## Stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa stößt auf Ablehnung

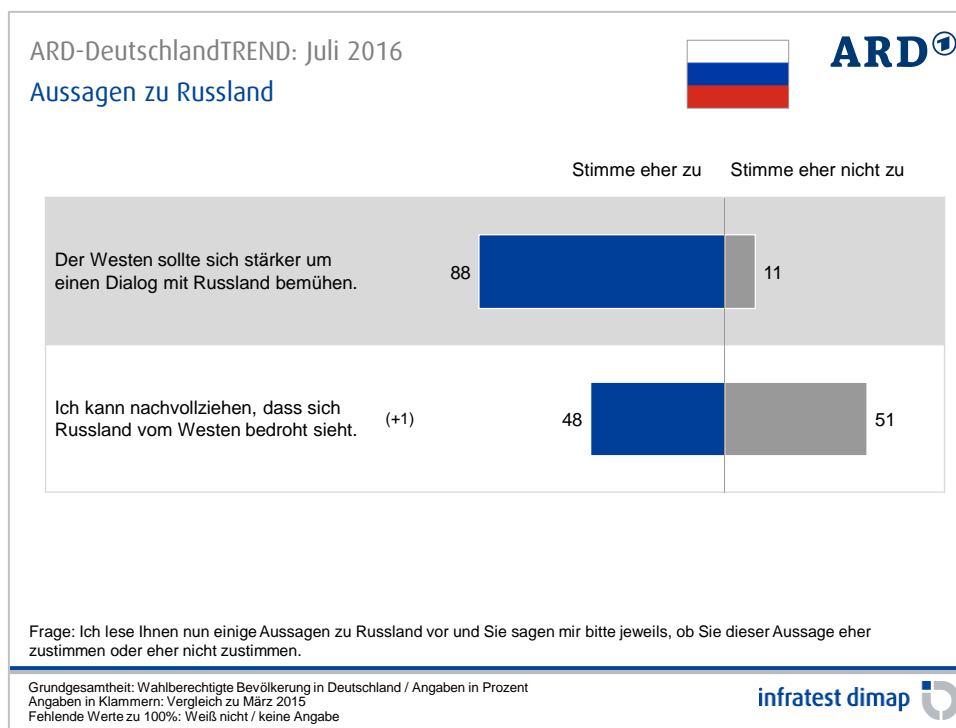
Die NATO will im nächsten Jahr ihre Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedsländern ausbauen. Am Wochenende soll beim Warschauer Gipfeltreffen der Militärallianz der Beschluss über die Stationierung von vier Bataillonen gefasst werden, die zwischen Polen, Litauen, Lettland und Estland rotieren sollen. Daran will sich auch die Bundeswehr beteiligen. Weitere Stützpunkte sind bereits errichtet oder geplant. In Deutschland lehnen jedoch zwei Drittel der Bevölkerung (67 Prozent) einen dauerhaften Aufbau militärischer Präsenz der NATO in den osteuropäischen Mitgliedsländern ab. 29 Prozent finden das NATO-Vorhaben richtig.



Überdurchschnittlich kritisch sehen die Anhänger der Linken (14 Prozent richtig, 84 Prozent nicht richtig) und der Grünen (22:76 Prozent) eine stärkere Präsenz der NATO in Osteuropa.

## Jeder Zweite hat Verständnis für Bedrohungsgefühl Russlands

In einem zunehmend angespannten politischen Klima kann knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland (48 Prozent) nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht. Die andere Hälfte (50 Prozent) kann dies nicht nachvollziehen. Die Anhänger von Linkspartei (66 Prozent) und AfD (66 Prozent) äußern besonders großes Verständnis für ein Bedrohungsgefühl Russlands.



In Folge dessen fordern knapp neun von zehn Bürgern (88 Prozent) eine stärkere Dialogbereitschaft des Westens gegenüber Russland ein. Lediglich 11 Prozent stimmen dieser Forderung nicht zu.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert